

wirksamer Weise von einem international garantierten Statut geschützt werden, so dass die eine oder andere Seite es nicht missachten kann . . . » Natürlich muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass in der Region seit Jahrzehnten zwei Völker, das israelische und das palästinensische, in einem Gegensatz zueinander stehen, der unlösbar erscheint . . .

Man kann sich fragen, welchen Sinn es haben soll, dass der Papst im derzeitigen Augenblick einen solchen Brief publiziert. Darüber hinaus sind die Hinweise über ein »international garantiertes Statut« doch recht vage; niemand versteht so recht, was damit eigentlich gemeint ist, wer es garantieren kann und soll, wie also der Papst sich die von ihm gewünschte Lösung dieses Problems vorstellt. Das Anliegen ist kompliziert und gewiss nicht einfach damit abzutun, es stünde heute alles zum besten. Richtig ist natürlich, dass es bisher für alle Religionen noch niemals so viel religiöse Freiheit und Sicherheit des Besitzstandes gegeben hat wie seit dem Tage, da Israel die Souveränität über das vereinigte Jerusalem ausübt. Das Parlament des Staates Israel hat noch im Juli 1967 ein Gesetz erlassen, das die religiöse Freiheit und das Eigentum der Religionsgemeinschaften sichert<sup>1</sup>. Sowohl gesetzlich als auch in der Praxis ist der Staat Israel seinen diesbezüglichen Verpflichtungen voll nachgekommen. Man kann sich daher fragen, was der Papst nun zusätzlich verlangt. Die erwähnten Sicherheiten sind bisher allein national durch Parlamentsgesetz gewährleistet. Theoretisch wäre daher der höchst unwahrscheinliche Fall denkbar, dass eine andere Parlamentsmehrheit das Gesetz und die ihm fussende Praxis ändert. Daher wird eine Lösung erstrebt, dass durch internationale Garantien die an sich befriedigende Praxis auch völkerrechtlich abgesichert wird. Wie das im einzelnen erfolgen soll, erfahren wir jedoch aus diesem Brief nicht<sup>2</sup>.

Darüber hinaus darf dieses Schreiben aber auch aus anderem Grunde Interesse beanspruchen. Zum ersten Male wurde, soweit ersichtlich, in einem offiziellen päpstlichen oder vatikanischen Dokument die Existenz des Staates Israels ausdrücklich erwähnt, ebenso seine berechtigten Sicherheitsinteressen. Auch wurde die enge Verbindung

<sup>1</sup> Vgl.: Das Gesetz zum Schutz der Hl. Stätten, 27. 6. 1967, in: FrRu s. o. S. 9, ebd. S. 43; Abba Eban: Jerusalems Einheit und die Welt, ebd. S. 47 f.

<sup>2/3</sup> dazu: C. Thoma/S. Lauer: Kommentar, s. u.

des jüdischen Volkes mit seinem Lande deutlich anerkannt<sup>3</sup>.

Nach eingehendem Studium dieses Schreibens haben auch die Israelis bemerkt, dass der Papst keine sogenannte »Internationalisierung« Jerusalems fordert, ein Begriff, unter dem sich ohnehin niemand etwas vorstellen kann und der abstrakt bleiben muss. Worum es allein geht, ist ein international abgesicherter Status der heiligen Stätten und damit verbunden die Sicherheit der freien Religionsausübung und des angestammten Besitzstandes der verschiedenen Konfessionen. Der Papst wünscht, diese Rechtsgüter sollen nicht allein vom Wohlwollen eines Staates abhängig sein.

Der Vatikan nimmt in keiner Weise dazu Stellung, wer über Jerusalem Souveränität ausübt. Dass es nun der Staat Israel ist, wird vom Vatikan als gegebene Tatsache akzeptiert. Aber gerade daraus, so meint der Heilige Stuhl, erwächst diesem Staat die Verpflichtung, internationale Garantien zu offerieren, welche den Status quo entsprechend absichern.

Juden empfinden es als anstössig, dass der Vatikan den Staat Israel noch nicht anerkannt hat<sup>4</sup>. Diese Gefühle mögen verständlich sein, freilich sollte man das Problem nicht emotional behandeln. Der Staat Israel existiert nun bereits seit 36 Jahren ohne diese De-jure-Anerkennung durch den Vatikan; Israel braucht sie nicht. Andererseits haben sich die Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Staat Israel gerade in den letzten Jahren positiv entwickelt, der neue Brief des Papstes über Jerusalem enthält daher auch einige Elemente, die in diese Richtung weisen<sup>5</sup>.

Die Wünsche, die Hoffnungen und die Ziele hinsichtlich Jerusalems vermögen Juden mit dem Papst zu teilen, wenn er in dieser einzigartigen Stadt einen »Begegnungspunkt zwischen der unendlichen Transzendenz Gottes und der Wirklichkeit des geschaffenen Seins« erblickt, und wenn der Papst Jerusalem als »Symbol der Begegnung, der Einheit und des Friedens für die ganze Menschheitsfamilie« bezeichnet. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn der Vatikan in dieser Richtung wirkte und seinen Teil dazu beitrüge, diese gemeinsame Hoffnung zu verwirklichen.

<sup>3</sup> dsgl. ebd.

<sup>4</sup> Vgl. dazu: Ze'ev Falk/Marcel Dubois: Ein Briefwechsel: Die Katholische Kirche und die Juden; s. u. S. 12.

<sup>5</sup> Vgl. auch o. S. 8–10.

### III Clemens Thoma / Simon Lauer, Luzern: Kommentar

Dieses apostolische Schreiben fand in einem Teil der israelischen Presse keinen Beifall. Roman Priester schrieb z. B. im *Ha-'arez* am 27. 4. 1984: »Der Vatikan hält einen juristischen Sonderstatus für Jerusalem und Umgebung für richtig; dieser soll auf internationalen Garantien beruhen. Vergeblich haben sachverständige Kommentatoren irgendeine nähere Ausführung oder Erklärung gesucht: Meint der Papst nur die heiligen Stätten? Was ist »die Umgebung Jerusalems«? Welche Staaten sollen die vorgeschlagene juristische Regelung garantieren? Wie seine Vorgänger auf dem Heiligen Stuhl zieht es auch der »polnische Papst« vor, bei einer verschleierte und unverbindlichen Formel zu bleiben . . . Die Pilger in der Jerusalemer Altstadt wurden mit farbigen Plakaten begrüßt: Johannes Paul II. und Yasir Arafat lächeln auf einer gemeinsamen Photographie und drücken ihre Sehnsucht nach einem gerechteren Frieden im Nahen Osten aus . . . Beamte in Jerusalem betonen mit einer gewissen Befriedigung, dass seit 1974 die giftigen Angriffe aus den Hirtenbriefen ver-

schwunden sind und die Forderung nach Internationalisierung Jerusalems hintangestellt worden ist. Die neue Formel »Sonderstatus« wird in unserem Aussenministerium für milder gehalten. Aber gerade Johannes Paul II. ist der erste Papst, der ausdrücklich die Errichtung eines Palästinenserstaates fordert . . . Der Staat Israel hat noch nie die Art von Anerkennung erhalten, die der Papst den Palästinensern zugewendet hat . . . Zwar führt der Papst einen ständigen Dialog mit den Führern des Weltjudentums und tut viel für die Annäherung der beiden Religionen. Er hat in Spanien erklären können, dass die Inquisition ein Irrtum war; aber irgendeine Erklärung zugunsten der Daseinsberechtigung des Staates Israel war bisher nicht herauszuholen . . . »<sup>1</sup>

Diese und andere abweisenden israelischen Reaktionen sind begreiflich. Allzu schwer lastet eine Geschichte des Missverständnisses, Blockierens und unbefugten Hineinregie-

<sup>1</sup> Vgl. u. S. 16, II.

rens auf den Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Staat Israel. Man muss aber beachten, dass der Vatikan keine politische Macht ist, die dem Staat Israel und seiner Hauptstadt Jerusalem etwas in den Weg legen könnte. Auch in Israel weiss man andererseits aus harter Erfahrung, dass besonders das Palästinenserproblem noch ungelöst ist. Ebenso gut weiss man, dass Jerusalem noch nicht als Friedensstadt leuchtet. Der Bürgermeister von Jerusalem und andere israelische Politiker haben sich in letzter Zeit hellhörig gezeigt auf Vorschläge von aussen, die Erleichterungen in diesen Problemkreisen anvisieren. Sie wissen ebensogut wie der Papst, dass nichts von heute auf morgen geregelt werden kann und dass noch niemand eine fertige Lösung in der Tasche hat. Rom wurde ja auch nicht an einem Tag gebaut. Es wäre nicht ganz unnütz, wenn in der Zwischenzeit u. a. auch eine kleine Genugtuung darüber sich breitmachen könnte, dass der Vatikan nicht mehr im selben Ton über Jerusalem redet wie unter *Pius X.*, *Pius XII.* und auch noch unter *Paul VI.* Noch vor

20 Jahren war es fast ein Kunststück, in apostolischen Rundschreiben über Jerusalem und die heiligen Stätten die Auffassung des Heiligen Stuhls zu finden, die Juden seien ein Volk und eine Nation, nicht nur eine Religion. Im Rundschreiben des jetzigen Papstes sind der Volkscharakter und die Nationalität der Juden selbstverständlich. Auch der Ausdruck der Verbundenheit mit den in Israel wohnenden Juden und ihren grossen Traditionen ist heute weit herzlicher und eingehender als bei früheren Päpsten.<sup>2</sup> Man sollte sich auch nicht allzusehr darüber aufregen, dass der Papst keine detaillierten Vorschläge zum Jerusalem- und Palästinenserproblem macht; er ist dazu nicht befugt. Wenn er die positive Verbundenheit der katholischen Kirche mit Jerusalem und den Israelis in solch beschwörenden Rundschreiben wie diesem ausdrückt, dann ist das zwar noch nicht viel, aber man wird es auch in Israel nicht als schädlich beurteilen können.

<sup>2</sup> Vgl. auch u. S. 17 f.

## 4 I Ein Briefwechsel zum Apostolischen Schreiben über die Stadt Jerusalem: Ein Austausch\*/\*\*

Von Dr. Ze'ev W. Falk\*\*\*, Professor für Familien- und Erbrecht\*/\*\*,  
und Marcel J. Dubois\*\*\*\*, Professor für griechische und mittelalterliche Philosophie,  
beide an der Hebräischen Universität Jerusalem

Der in Jerusalem seit 1972 in englischer Sprache erscheinenden Zeitschrift »IMMANUEL« entnehmen wir leicht gekürzt nachstehenden Briefwechsel und bringen ihn in deutscher Übersetzung.\*\* Wegen des thematischen Zusammenhangs mit dem voranstehenden »Apostolischen Schreiben über die Stadt Jerusalem vom 20. 4. 1984« und den sich darauf beziehenden Kommentaren steht dieser »Austausch« in diesem Teil des Freiburger Rundbriefs.

Die darin enthaltenen Personennamen sind sowohl dort wie auch im Personenregister IMMANUEL verzeichnet (Die Red. d. FrRu).

An den Herausgeber:

Einer der Gründe, weshalb diese Zeitschrift vor zehn Jahren gegründet wurde, war die Berichterstattung über die vergangenen und die gegenwärtigen jüdisch-christlichen Beziehungen, wie sie sich in der religiösen und theologischen Literatur Israels widerspiegeln. Vielleicht ist die Zeit gekommen, eine von mir die ganze Zeit über zurückgehaltene Empfindung auszusprechen, die ich um der Aufrichtigkeit willen mit meinen christlichen Freunden teilen sollte. Diese Empfindung bezieht sich auf die Weigerung des Vatikans, den Staat Israel anzuerkennen. Ich kann nicht umhin, die Haltung des Heiligen Stuhls als eine Verweigerung des elementaren Rechts auf politische Existenz zu verstehen, die jeder anderen Nation zugestanden wird. Ich sehe diese Weigerung als ein Glied in der Kette der kirchlichen Tradition, die dem nachchristlichen Judentum die Daseinsberechtigung verwehrt und für sich selbst den Anspruch erhebt auf das Erbe Israels. Zudem scheint mir, als mute der eine Dialogpartner dem anderen ungerechtfertigterweise seine Definition des jüdischen Volkes zu, das er als Gruppe von Individuen oder als religiöse Gemeinschaft, nicht aber als Nation oder Staat verstehen will.

Ich war enttäuscht, dass diese Einstellung aus dem 1965 von dem vom Zweiten Vatikanischen Konzil veröffent-

lichten Dokument<sup>1</sup> spricht. Es drückt eine gönnerhafte Annäherung an »die Juden« als Individuen aus, anstatt sie gemäss ihrem eigenen Selbstverständnis zu definieren. Die Kirche hielt ihren Anspruch, das »Neue Gottesvolk« zu sein, aufrecht und setzte stillschweigend das Substitutionsmodell voraus. Die gleiche Haltung fand ich in der Ansprache des Papstes vom 6. März 1982<sup>2</sup> anlässlich der Tagung der »vaticanischen Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden«. Erwähnt wurde die »Organisation der Synagogengemeinde« als eine Quelle, aus der kirchliche Institutionen schöpfen, aber die jüdischen Auffassungen von Volk, Land und Staat, die von gleicher Bedeutung für das Selbstverständnis des Christentums sind, wurden nicht entsprechend erwähnt. Ich sah in diesem Versäumnis ein klares Zeichen katholischer Geringschätzung und Verneinung des jüdischen Rechts auf politische Existenz.

Nach meinen Erfahrungen in der jüdischen Delegation, die Papst Johannes Paul II. zu seiner Wahl beglückwünschte, war ich nicht überrascht, als er im September 1982 Yassir Arafat eine Audienz gewährte.<sup>3</sup> Einem Bericht der »Associated Press« vom 12. März 1979 zufolge hatte Arafat dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Carter, und dem Premierminister Israels, Begin, angekündigt, dass »nur Araber in diesem Teil der Welt sein werden... Die Araber werden weiterhin die Flamme der Re-

\* Originaltitel: »The Catholic Church and the Jews: An Exchange«; in der englischen Ausgabe »IMMANUEL« 17 (Winter 1983/84), S. 98–104.

\*\* Aus dem Englischen übersetzt.

\*\*\* Professor Falk ist für den Fachbereich Jüdisch-christliche Beziehungen redaktioneller Mitkoordinator.

\*\*\*\* Professor Dubois, Herausgeber der englischen Ausgabe »IMMANUEL«.

(Ausser den Anmerkungen 12, 14 alle Anmerkungen d. Red. d. FrRu.)

<sup>1</sup> Vgl. FrRu XVII/1966, S. 27–30: Die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, insbesondere zu den Juden.

<sup>2</sup> Vgl. FrRu XXXIV/1982, S. 3f.: Papst Johannes Paul II.: Aufforderung zu einer dem Judentum und Christentum entsprechenden Verkündigung und Forschung.

<sup>3</sup> Vgl. Johannes Paul II. nach dem Angelusgebet am 10. 10. 1982, in: FrRu XXXIV/1982, US 2.